

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontofonto: Gebr. Arnold, Dresden und Eöchl. Staatsbank.

Besandpreis einschließlich Fringelohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Gold und Zeit" für einen halben Roman 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompartimentzeile 30 Goldpf., die 60 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswertige Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proq. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Goldpf.

Nr. 288

Dresden, Mittwoch den 10. Dezember 1924

35. Jahrg.

## Gegen die Steuerermäßigungen

Die Arbeitgebergemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute, Bürgermeister und Ratsmitglieder Sachsens hat sich in ihrer letzten Sitzung auch mit den von der sächsischen Regierung beschlossenen Steuerermäßigungen befaßt. Es wurde vor allem betont, daß sich schon durch die ermäßigten Reichsteuerverpflichtungen der aufgestockten Konsumsteuern nicht mehr aufrecht erhalten läßt. Sollte nun aber auch die sächsische Regierung die Arbeitgeberabgabe sowohl als auch die Grundsteuer ermäßigen, so sei es absolut nicht mehr möglich, die Aufgaben, vor allem die der Wohlfahrtspflege, zu erfüllen. Dem Ministerium des Innern ist daraufhin die Bitte unterbreitet worden, erst dann Steuerermäßigungen einzuführen zu lassen, wenn ein vollwertiger Ersatz hierfür geschaffen ist.

Wir haben uns schon mehrfach mit den in Sachsen geplanten Steuerermäßigungen beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß wir den Steuerherabsetzungen mit größtem Bedauern gegenüberstehen. Die Begründung, die der Vorlage der Regierung jetzt beigelegt ist, bestätigt, daß unsere Bedenken berechtigt sind, und wir könnten daher der Arbeitgebergemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute und Ratsmitglieder nur zustimmen. Das Reich hat zwar auch Steuerermäßigungen durchgeföhrt, aber beim Reich waren bedeutende Uberschüsse vorhanden. In der Begründung der Vorlage ist aber nicht die Rede davon, daß wir hier in Sachsen in Staat und Gemeinden Uberschüsse haben, sondern es wird einfach erklärt, daß durch die Steuerermäßigungen Anfälle entstehen, die man aber mit Rücksicht auf die Wirtschaft tragen müsse. Das Lied: Erst die Wirtschaft, dann der Staat, haben wir wahrlich schon oft genug gehört. Es ist das Rezept, mit dessen Hilfe wir in das entsetzliche Inflationsloch hineingelassen sind. Doch hohe Steuern für die Beteiligten sind nicht angenehm, und daß durch solche Steuern die Kapitalbildung erschwert wird, ist nicht zu leugnen, aber noch schlimmer ist es, wenn Staat und Gemeinden ihre sozialen und kulturellen Aufgaben nicht erfüllen können. Das Finanzministerium hat sich die Begründung seiner Steuervorlagen sehr leicht gemacht, indem es auf die Frage nicht eingeht, wie eigentlich die entstehenden Steueranfälle in Staat und Gemeinden gedeckt werden sollen. Eine höchst bedenkliche Vogelstrauchpolitik.

Nach der Regierungsvorlage sollen die Arbeitgeberabgabe und die Grundsteuer ermäßigt werden und die Mietzinssteuer soll in Wegfall kommen bei allen Personen, die nicht Lohnsteuerpflichtig sind. Die Arbeitgeberabgabe führt zweifellos in vielen Fällen zu Ungerechtigkeiten. Es werden die Unternehmer benachteiligt, die mit einem geringen Kapital arbeiten, dafür aber verhältnismäßig viele Arbeiter beschäftigen. Aber die Gewerbesteuer ist überhaupt eine ungerechte Steuer, die jedoch die Länder vorläufig kaum entbehren können, weil ihnen das Reich bei der Einkommensteuer nicht freie Hand läßt.

Warum nun aber auch die Grundsteuer ermäßigt werden soll, ist nicht einzusehen. In der Vorlage der Regierung wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Nachweis zu erbringen, daß die Landwirtschaft so fürchtbar mit Steuern überlastet ist. Es mag sein, daß es den Landwirten vielfach an Betriebskapital fehlt, ebenso wie der Industrie. Wir hätten nichts dagegen, wenn der Staat hier mit einem größeren Kredit zu Hilfe käme. Hat der Staat so viel Geld, daß er Steuern ermäßigen kann, so muß auch das Geld für einen Kredit an die Landwirtschaft vorhanden sein. Die Landwirtschaft ist in der Inflationszeit ihre Hypothek zum größten Teil losgeworden, und gerade jetzt ist es Zeit, durch eine gehörige Grundsteuer einen möglichst großen Teil der Grundrente für den Staat einzuziehen. Da seit dem Sommer die Getreidepreise um reichlich 70 Prozent gestiegen sind, scheint uns jetzt um so weniger ein Grund dafür zu bestehen, die Landwirtschaft steuerlich zu entlasten. Daß die Ermäßigung der Grundsteuer zu einer Herabsetzung der Preise für Agrarprodukte führt, wird kein vernünftiger Mensch behaupten. Die Getreide- und Fleischpreise werden um keinen Pfennig billiger, wenn die Landwirte weniger Steuern zu zahlen haben.

Der Erlaß der Mietzinssteuer für die schlechtbezahlten und funderreichen Arbeiter wäre sicher sehr zu begrüßen, nur müßte unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Ausfälle, die dadurch bei der Abgabe für den Wohnungsbau entstehen, irgendwie gedeckt werden. Die Wohnungsnot in Sachsen ist noch so groß, daß es ein schwerer Schaden für unsere Wohnungswirtschaft wäre, wenn nicht einmal so viel Wohnungen gebaut werden könnten, als das bei der bisherigen Gestaltung der Wohnungsabgabe möglich wäre. Es liegt dem Landtag bereits ein Antrag vor, statt 10 Prozent 15 Prozent der Friedensmiete für den Wohnungsbau zu verwenden, und das wird gerade dann unbedingt notwendig sein, wenn infolge der jetzt vorgelegenen Erleichterungen Ausfälle bei der Wohnungsabgabe entstehen. Erfolgt diese Erhöhung der Abgabe für den Wohnungsbau aber auf Kosten des Anzeugs, den Staat und Gemeinden jetzt an der Mietzinssteuer für ihre allgemeinen Zwecke haben, so entstehen dadurch weitere Anfälle an Einnahmen für Staat und Gemeinden, für die auch keine Deckung vorhanden ist.

Werden nun jetzt die Grundsteuer und die Gewerbesteuer herabgesetzt, so können wir mit größter Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß eines schönen Tages vom Finanzministerium eine weitere Erhöhung der Mietzinssteuer verlangt wird. Wir fürchten also, daß die ganze Steuer-

ermäßigungsaktion praktisch auf eine Mehrbelastung der Bevölkerung durch die Mietzinssteuer herauskommen wird. Deswegen wird unsere Fraktion sehr sorgfältig zu prüfen haben, ob sie den jetzt vorgelegenen Steuerermäßigungen zustimmen kann. Daß unsere heutigen Landessteuern, besonders eben die Gewerbesteuer, zu Ungerechtigkeiten führen, soll nicht abgelehnt werden, aber diese Mängel müssen, soweit das überhaupt möglich ist, durch eine gründliche Steuerreform beseitigt werden. Es geht nicht an, daß man einfach Steuern ermäßigt, ohne daß man weiß, wie man die sich daraus ergebenden Ausfälle deckt.

## Volkspartei für Rechtsregierung

SPD. Die Auseinandersetzungen über die Neubildung und Erweiterung der Reichsregierung werden in der Berliner Presse eifrig fortgesetzt. Das Berliner Tageblatt betont zu dem Versuch, unter dem Druck der Volkspartei ein „Kampfkabinett der Rechten“ zu bilden, daß die Demokratische Partei weder direkt noch indirekt mit einem solchen Kampfbild der Rechten etwas zu tun haben will. Für sie würde nur schärfste Opposition in Betracht kommen. Das Blatt glaubt dann feststellen zu können, daß die jetzige Regierung mit Reichskanzler Marx dimissionieren wird, wenn die große Koalition nicht gelingt. Marx käme dann als neuer Kanzlerkandidat nach dem scharfen Wahlkampf, den er gegen die Deutschnationalen geführt hat, nicht mehr in Frage.

Einem ähnlichen Gedankengang wie das Berliner Tageblatt vertritt die Postische Zeitung. Sie schreibt:

## Der neue Reichstag

Berlin, 10. Dezember. Nach den Berechnungen des Reichswahlleiters wird sich der neue Reichstag aus 493 Abgeordneten zusammensetzen. Die Stärke der einzelnen Fraktionen ist bisher wie folgt ermittelt worden:

- Sozialdemokraten 131 (bisher 100)
- Deutschnationale 103 (96 und 9 Kandidate)
- Zentrum 69 (65)
- Rechtliche Volkspartei 51 (44)
- Kommunisten 45 (62)
- Demokraten 32 (28)
- Bäuerliche 14 (32)
- Bayerische Volkspartei 19 (16)
- Wirtschaftspartei (mit Bayer. Bauernbund) 17 (10).
- Landbund 8 (Kandidat 9)
- Deutschnachwöchter 4 (4)

Dieses Ergebnis kann als endgültiges vorläufiges Ergebnis der Berechnungen angesehen werden. Verschiebungen sind nur noch in ganz geringer Art nach Vorliegen der amtlichen Wahlslisten zu erwarten.

## Die Stimmzahlen der Parteien

Nach dem bis jetzt beim Reichswahlleiter eingegangenen Meldungen der Kreiswahlleiter wurden an Stimmen für die einzelnen Parteien abgegeben:

- Sozialdemokratie 7 859 433 (6 008 718)
- Deutschnationale Volkspartei 6 180 281 (5 606 325)
- Zentrum 4 117 481 (3 914 379)
- Kommunisten 2 698 956 (3 693 139)
- Rechtliche Volkspartei 3 046 433 (2 694 357)
- Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 901 601 (1 918 319)
- Demokraten 1 915 187 (1 655 076)
- Bayerische Volkspartei 1 120 752 (946 648)
- Wirtschaftspartei und Bayer. Bauernbund 999 708 (693 606)
- Landbund 498 008 (574 938)
- Deutschnachwöchter 262 369 (319 799)
- Landbund 10 168
- U. Sp. 98 533
- Starbünd 193
- Deutsche Kulturverbände- und Kampfpartei 22 556
- Freiwirtschaftsbund 39 162
- Deutschnationale Partei 157 885
- Christlich-sozialistische Volksgemeinschaft 41 378
- Nationalistische Wählerpartei 92 565
- Deutschnationale Kampfpartei 3333
- Kampfpartei- und Wiederbaupartei 22 281
- Wirtschaftspartei Deutschlands 283
- Partei für Volkswohlleben 32 256
- Deutschnationale Partei 4342
- Gesamte der abgegebenen gültigen Stimmen 30 195 368

## Glückwünsche der Bruderparteien

Der Parteivorstand in Berlin hat an dem Auslande folgende weiteren Begrüßungsgramme zum Wahlsieg erlassen:  
Kopenhagen, 9. Dezember. Die dänische Sozialdemokratische Partei begrüßt den großen Wahlsieg der deutschen Arbeiterpartei als das Resultat eines glücklichen, nie versagenden Kampfes gegen Anarchie, Reaktion und Militarismus, im wahren Interesse der schwergeprüften deutschen Arbeiterklasse. Mit eurem Sieg markieren der Weltfriede, die Völkerberuhigung und die Öffnung der internationalen Arbeiterbewegung. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Haag, 9. Dezember. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands wünscht ihrer deutschen Bruderpartei herzlich Glück zu ihrem glänzenden Wahlsieg, der für den Sozialismus und den Volkswohlstand so vieler Völker ist.

Es entspricht der Logik des Wahlergebnisses, wenn die Regierungserweiterung, die der Kanzler wiederholt als wünschenswert bezeichnet hat, durch Heranziehung der Sozialdemokratie erfolgt. Bekanntlich beschäftigt Vizekanzler Jares sein Amt als Minister des Innern in absehbarer Zeit niederzulegen, um wieder als Oberbürgermeister nach Duisburg zurückzukehren. Außerdem sind die Ministerien der Justiz, des Verkehrs und eventuell der besetzten Gebiete wieder zu besetzen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichskanzler, der heute früh aus Freiburg zurückkehrt, in der Kabinettsitzung am Abend vorschlagen wird, wegen der Besetzung dieser Ministerien mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zu treten.

Das Organ des Herrn Stresemann, die Zeit, erklärt heute dagegen ganz offen, daß die große Koalition nicht möglich sei. Sie schreibt:

Wir glauben nicht, daß es auf diese Weise gehen wird. Die Deutsche Volkspartei hat im alten Reichstag eine großartige Politik verfolgt, die in die Linie einer gesamtdeutschen Regierung einmünden sollte. Soweit wir wissen, wird sie diese Linie den Demokraten und den Sozialdemokraten ausliefern nicht abbiegen, sondern sie wird bei dem bleiben, was vor der Auflösung des einstmaligen und gegebenen war und auch noch bestehen ist. Verwirklichen läßt sich diese Möglichkeit natürlich nur, wenn die Deutschnationalen sich zur Fortführung der bisherigen Außenpolitik bekennen, wie sie es vor der Auflösung des Reichstags vorbehaltlos getan haben.

Die Volkspartei mit ihren 50 Mann wird also den Versuch unternehmen, das republikanische Bündnis der verfassungstreuen Parteien zu spalten und trotz dem klaren Wahlausgang eine Rechtsregierung herbeizuföhren. Es liegt bei der Zentrumspartei, ob dieser Mißbrauch des bisherigen parlamentarischen Verhältnisses von Erfolg gekrönt sein wird.

## Sieg in Deutschland

Das Zentralorgan unserer österreichischen Bruderpartei, die Wiener Arbeiterzeitung, feiert und würdigt den Erfolg der deutschen Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen wie folgt:

Unser deutsche Bruderpartei, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hat eine glänzende Wahlmacht geschlagen: sie hat fast zwei Millionen Stimmen und dreißig neue Mandate gewonnen und ist mit ihren rund acht Millionen Wählern nicht nur die größte Partei des Deutschen Reiches, sondern ohne Zweifel in ganz Europa die größte Partei. Und dieser gewaltige Erfolg, der in der Geschichte großer Parteien wohl nur selten anzutreffen sein wird — denn ihm ist der letzte Abstieg der englischen Konservativen, deren Wahlergebnis beträchtlich geringer ist und deren Mandatszuwachs nur auf einem ganz sinnlos gewordenen Wahlsystem beruht, nicht zu vergleichen —, dieser Wahlsieg ohne Beispiel ist innerhalb sieben Monaten errungen worden! Die zwei Millionen Stimmen, die dreißig Mandate mehr ist der Erfolg gegenüber den Wahlen vom 4. Mai; auch das wird noch nicht angezweifelt werden sein, daß sie eine Partei von einem Rückschlag so rasch erholt hat. Dieser Wahlsieg bringt die freudige Gewißheit, daß die deutsche Sozialdemokratie die Krisen, denen sie seit dem Kriege eigentlich ausgesetzt war und die in den Wahlen ihren stärksten Ausdruck gefunden haben, überwunden, daß ihr Aufstieg wieder begonnen hat und daß man wieder hoffen kann, die deutsche Arbeiterklasse wie einst in der Sozialdemokratischen Partei geeint und gerüstet zu finden.

Der große Wahlsieg bestätigt auch der Partei, daß sie mit ihrer Politik nun auf dem rechten Wege ist und daß die sinnlose Gehässigkeit, die die Kommunisten über die Sozialdemokraten in Rüsseln ausgießen, von den Arbeitern in ihrer überwiegenden Mehrheit abgelehnt wird. Die Kommunisten haben in dieser Wahl mehr als eine Million Stimmen verloren, und das ist innerhalb sieben Monaten ohne Zweifel ein sehr beträchtlicher Abfall, und er bedeutet sicherlich, daß der weitere Aufstieg der Kommunisten abgelehnt ist. Denn eine Partei, der die Wähler eine empfindliche Niederlage so schnell nach ihrem ersten Siege bereiten, erleidet einen Bruch, von dem es kein Erholen mehr gibt. Denn wenn der Volkswohlstand sein soll, so müßte die Partei, deren riesenhafte Selbsttäuschung sein soll, so müßte die Partei, deren unmittelbares Programm die Diktatur ist, eben ununterbrochen fortschreiten; schon ein Rückschritt bedeutet, daß ihr das Ziel entzweunden ist. Und wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingen wäre, das Vertrauen der Arbeitermassen, dessen Verlust sie im Mai zu büßen hatte, wiederzugewinnen, so wäre der Vormarsch der Kommunisten unaufhaltbar gewesen; in Wahrheit glaubten sie es so, bildeten sich ein, sie hätten schon die Mehrheit der deutschen Arbeiterkraft an ihrer Seite und der Tag nahe, wo sich die deutschen Arbeiter in ihren Reihen sammeln werden. Um so mehr bedeutet es also, daß den Kommunisten nicht bloß Valt geboten wurde, sondern daß sie auch zurückgeworfen worden sind, und wenn auch die 2.7 Millionen von dem großen Stamme abgeplitterten Stimmen, die die Kommunisten noch erhalten haben, nicht wenig sind und der Verlust, der sie der Arbeiterkraft damit zufügen — denn der größte Radikal der deutschen Arbeiterbewegung ist ja diese Zwaltung —, nicht gering ist, so ist dennoch die Umkehr da: die Sozialdemokratie ist im Vormarsch, die Kommunisten am dem Rückzug. Und die Politik der Kommunisten, die nun darin erlischt, die Sozialdemokratie zu verleunden und zu befeinden, und darin besteht, der

ite 10  
ringe  
Gold  
Paul Zehner  
Kation  
erster, 13  
oporal  
Sraße 21